

AUFRÜSTUNG DER BEGRIFFE?

17.–19. Oktober 1986
in Darmstadt

Machen Worte Politik? Diese Frage beschäftigte schon in den frühen siebziger Jahren die Politiker verschiedenster Couleur, seit eine »Semantik-Arbeitsgruppe« der CDU unter Kurt Biedenkopf den (damaligen) Verlust der Regierungsmacht an die sozialliberale Koalition mit der dem politischen Gegner gelungenen »Besetzung von Begriffen« erklärte. Wenn auch diese Arbeitsgruppe schon lange nicht mehr existiert, und die politische Debatte unter dem Deckmantel der Sprachkritik von Politikerseite abgeflaut ist, so ist es doch kein Geheimnis, daß manch ein Kämpfer aus jener Zeit unter der derzeitigen Regierung zu höheren Weihen im Bundespresseamt gekommen ist. Im Besitz der Macht ist die Sprache offenbar weniger problematisch. »Kampf um Begriffe« als politisches Problem scheint eher an die Oppositions-Rolle geknüpft zu sein.

Die linguistische Sprachkritik hat sich seit jeher vom politischen Wortstreit (der ja meist ein Streit um Bedeutungen ist) abgegrenzt. Ihr kommt es weniger auf die strategische Ausbeutung von Sprachkritik und den Sieg in »semantischen Kämpfen an«, als vielmehr darauf, mit sprachwissenschaftlichem Instrumentarium der Frage nachzugehen, welchen Einfluß politischer Sprachgebrauch auf die Wahrnehmung von gesellschaftlich-politischen Ereignissen durch die Bürger/innen unseres Staates hat. Genau diese Frage stellte sich kürzlich eine Arbeitstagung an der TH Darmstadt unter der Überschrift »Aufrüstung der Begriffe?«. Für die Veranstalter wies Prof. R. Hoberg nachdrücklich auf das Fragezeichen im Titel hin. Besonderer Schwerpunkt war die Untersuchung der Sprache der (Nach-)Rüstungsdiskussion der vergangenen Jahre. Schon an der Bezeichnung dieses politischen Streitfeldes scheiden sich bekanntlich die Geister. Ist doch, was die einen *Nachrüstung* nennen, den anderen *Vorrüstung* oder gar *Aufrüstung*.

Der *Verführung des Denkens durch die Sprache der Rüstung* möchte das Projekt »Sprache der Rüstung« an der TH Darmstadt nachgehen, welches von A. Burkhardt und K. Battke vorgestellt wurde. Eine Umfrage über den Alltags-

gebrauch von Begriffen der Rüstung und eine Untersuchung der Nachrüstungsdebatte im Bundestag wurden bereits durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, daß es der offiziellen Politik-Sprache gelungen ist, den Terminus »Nachrüstung« trotz Ablehnung der mit ihm verknüpften semantischen Assoziationen auch bei den Anhängern der Friedensbewegung durchzusetzen. Überhaupt führt eine intensive Beschäftigung mit der Rüstungspolitik dazu, daß die Rüstungsgegner selbst zu »Experten« werden und dabei nur allzuoft das militärische Fachvokabular übernehmen. G. Vowe wies allerdings darauf hin, daß sich der Gebrauch militärischen Fachvokabulars durch die Politiker auf ganz wenige Begriffe beschränke. (So machten die vier Ausdrücke *Nachrüstung*, *Genf*, *Mittelstreckenraketen* und *NATO-Doppelbeschluß* allein 60% des Aufkommens fachlicher Ausdrücke in der Nachrüstungsdebatte aus.)

Eine andere Beobachtung, wie sprachbedingte Mißverständnisse in der Politik zugleich Ausdruck tiefgreifender Auffassungsdifferenzen sein können, teilte F. Liedtke mit. Er war

der Frage nachgegangen »Was ist eine Mehrheit?« Wenn sowohl führende Regierungsmitglieder als auch Anhänger der Friedensbewegung behaupten, die Mehrheit der Bevölkerung stünde hinter ihnen, so ist dafür nicht nur Wunschdenken verantwortlich. Vielmehr gehen erstere von einem »diskreten«, d. h. genau abzählbaren Mehrheitsbegriff der parlamentarischen Institutionen aus (d. h. Mehrheit der Sitze im Bundestag aufgrund von Wahlergebnissen), während letztere einen »kontinuierlichen« (demoskopischen) Mehrheitsbegriff verwenden (erkenntlich an Formulierungen wie *überwiegende Mehrheit*, *verschwindende Minderheit*, welche auf den Bundestag angewandt, merkwürdig klingen müßten). Semantische Unterschiede im politischen Sprachgebrauch sind eben nicht nur Oberflächenphänomene, die eine kosmetische Korrektur glätten könnte, sondern stehen oft für eine tiefgreifend andere Auffassung zentraler politischer Grundfragen, ja sogar für ein anderes Bild der Wirklichkeit.

Will man ein Fazit der Darmstädter Tagung ziehen, dann könnte man sa-

gen, daß Sprachwissenschaftler (aber auch Psychologen, Pädagogen und Politologen) sich ihrer Möglichkeiten, aber auch ihrer Verantwortung bewußt geworden sind, mit wissenschaftlichen Mitteln Sprachverführung des Denkens aufzudecken, um die Bürger zu einem bewußteren Umgang mit der Sprache anzuregen. Denn die Fähigkeit, mit Sprache transportierte, semantisch untergeschobene ideologische Inhalte als solche freizulegen, um die hinter ihnen stehenden Sachfragen und -differenzen zum Gegenstand einer wahrhaft rationalen Auseinandersetzung zu machen, ist eine der Grundvoraussetzungen des Gelingens einer wirklich pluralistischen Demokratie.

Dietrich Busse

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Sprach- und Literaturwissenschaft der TH Darmstadt.